

Vor dem Parteitag in Winterthur

Autor(en): **Humbert-Droz, Jules**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **32 (1953)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336737>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

JULES HUMBERT-DROZ

Vor dem Parteitag in Winterthur

Der bevorstehende Parteitag hat über die verflossene Politik wie über die zukünftige Tätigkeit der Partei zu entscheiden.

Wie der Tätigkeitsbericht des Sekretariats zeigt, hat die Partei im Laufe der beiden Berichtsjahre 1951 und 1952 wohl manche großen Kämpfe gegen die soziale Reaktion geführt, einige sogar mit Erfolg, sie hat jedoch keine wesentlichen Fortschritte erzielt. Sowohl die Mitgliederbewegung wie die Wahlen registrieren nur geringfügige Besserungen, die eher auf eine Festigung der eroberten Positionen als auf eine hoffnungsvolle Vorwärtswicklung schließen lassen. Sagen wir es offen: Seit einigen Jahren ist in unserer Partei eine Stagnation eingetreten.

Warum besitzt die Sozialdemokratische Partei — und mit ihr die gesamte Arbeiterbewegung — heute nicht mehr die Anziehungskraft auf die Arbeiterschaft, vor allem auf die Jugend, die sie früher ausgeübt hat?

Nachdem die Arbeiterbewegung durch Kollektivverträge und Gesetze wichtige soziale Forderungen verwirklicht und die materielle Lage der werktätigen Bevölkerung durch größere soziale Sicherheit wesentlich verbessert hat, scheint sie nun selbst arm geworden zu sein und für die geistige Nahrung des Einzelnen viel weniger als für seine materielle Besserstellung zu bieten zu haben. Darum die Forderung in unseren eigenen Reihen nach einer Erneuerung des Programms und nach einer religiösen oder ethischen Grundlage des Sozialismus.

Ich will hier nicht untersuchen, wie weit die geschickte Propaganda unserer Gegner durch die subtilen Kanäle von Caux, vom Landesring und von den Christlichsozialen in unsere Reihen eingedrungen ist. Allein schon die Tatsache, daß sie eindringen konnte, beweist, daß innerhalb der Partei ein Malaise vorhanden ist, und daß die sozialistische Bewegung sich vor einem wichtigen Problem befindet. Sie muß dieses Problem mit allem Ernst prüfen und mit Mut und Entschiedenheit lösen.

Nach den Wahlen von 1951 habe ich im «Vertrauensmann» auf einige Gründe der Stagnation hingewiesen. Im Zusammenhang mit dem Parteitag

möchte ich die Aufmerksamkeit unserer Funktionäre und Mitglieder auf andere Gesichtspunkte lenken.

Die letzten Jahre mit der internationalen Spannung, dem Kalten Krieg, den unsinnigen Rüstungen und der Hochkonjunktur sind für die sozialistische Bewegung ungünstig gewesen. Wie in allen Ländern, so haben sie auch in der Schweiz die reaktionären, antisozialistischen Kräfte gefördert und ermuntert. Die Stagnation ist nicht allein eine Erscheinung der schweizerischen Sozialdemokratie, sie ist vielmehr eine allgemeine Erscheinung des Sozialismus unserer Zeit. Andere sozialistische Parteien haben im Laufe der letzten zwei bis drei Jahre viel mehr an Einfluß und Position eingebüßt als wir. Fast überall sind die Sozialisten durch die Offensive der Reaktion in eine undankbare Oppositionsrolle gedrängt worden. Auch wir in der Schweiz stehen seit Jahren in der Defensive. Immer wieder waren wir gezwungen, gegen Vorstöße oder Referendumsaktionen der reaktionären Kreise Gesetzen oder Bundesbeschlüssen zuzustimmen und sie vor dem Volke zu verteidigen, welche parlamentarische Kompromisse und nicht der Ausdruck unserer weitergehenden sozialen Politik waren. Auch auf dem Gebiet der sozialistischen Ideen haben unsere Gegner uns oft in eine Defensivstellung hinein gezwungen, indem sie demagogisch den demokratischen Sozialismus mit dem Stalinismus gleichstellten oder ihn als Wegbereiter des Stalinismus zu erledigen suchten. Sie haben in der öffentlichen Meinung die Sozialisten als Verteidiger der Bürokratie und der Allmacht des Staates hingestellt. Dazu kommt, daß unsere Parteitage und unsere Tätigkeit seit Jahren weitgehend von der Reform der Bundesfinanzen und der Deckung der Rüstungsausgaben beherrscht wurden. Kein Mensch zahlt gerne eine neue Steuer, und für Rüstungen schon gar nicht, selbst wenn man überzeugt ist, daß diese Steuer notwendig ist, damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Die Tatsache, daß ein Sozialdemokrat an der Spitze des Finanzdepartements war, in einer Zeit, da die Beschaffung neuer Mittel im Vordergrund der Bundespolitik stand, hat die Aufgabe der Partei nicht erleichtert. Das Volk hat nicht immer klar und eindeutig unterschieden zwischen der Steuerpolitik der SPS und derjenigen der bürgerlichen Mehrheit des Bundesrates und des Parlaments. Im besonderen hat die Arbeiterschaft nicht immer verstanden, daß die Arbeit der SPS um eine gerechte Finanzreform in Wirklichkeit ein zäher, gegen die Großbourgeoisie unseres Landes gerichteter Klassenkampf war: die schweren Lasten der Kriegszeit sollten nicht ausschließlich auf die Konsumenten abgewälzt werden, auch das Besitzbürgertum sollte ein gerechtes Opfer bringen.

Der Zeitabschnitt, da unsere Parteitage von der Bundesfinanzreform beherrscht wurden, kommt, so hoffen wir, mit der Abstimmung vom 6. Dezember 1953 über die *Neuregelung der Bundesfinanzen* zu einem gewissen Abschluß.

Der Parteivorstand beantragt dem Parteitag mit sehr großer Mehrheit die Zustimmung zu der Vorlage der eidgenössischen Räte. Sicher ist auch diese Vorlage ein Kompromiß. Die meisten Forderungen des Luzerner Parteitags wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Aber abgelehnt wurden auch die Forderungen der Großbourgeoisie und des reaktionären Gewerbes. Sollte diese Vorlage verworfen werden, so könnte die Partei im Parlament oder in einer Volksabstimmung sehr wahrscheinlich keine bessere Lösung durchsetzen. In Anbetracht des heutigen Kräfteverhältnisses zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokratie ist eine bessere Lösung nicht erreichbar. Eine Verwerfung würde eine Notlage schaffen, die nur durch die undemokratischen Mittel der Vollmachten oder der Dringlichkeitsklausel provisorisch beseitigt werden könnte, und die bürgerliche Mehrheit würde die sozialen Ausgaben des Bundes noch weiter kürzen. Darum müssen wir die Vorlage unterstützen, auch wenn sie nicht alles enthält, was wir gewünscht hatten. Die Regelung gilt für eine Zeitdauer von 12 Jahren. Hoffen wir, daß eine neue Volksmehrheit es uns nachher ermöglichen wird, mehr zu fordern und zu erreichen. Arbeiten wir auf das Zustandekommen dieser neuen Volksmehrheit hin!

Der Winterthurer Parteitag wird aber die Neuordnung der Bundesfinanzen nicht in den Vordergrund seiner Verhandlungen stellen. Der Parteivorstand und die Sektionen stellen Anträge, die den Blick und die Tätigkeit der Partei *in erster Linie auf die Sozialpolitik* lenken. Zwei Hauptpunkte der Tagesordnung beschäftigen sich mit dringenden und aktuellen Problemen der Sozialpolitik unseres Landes: mit der *Wohnungsnot* und dem *Ausbau der Sozialversicherung*.

*

Der Parteivorstand schlägt einstimmig vor, die *Initiative des Gewerkschaftsbundes zum Schutze der Mieter und Konsumenten* kräftig zu unterstützen. Diese Initiative ist ein Teil der Verteidigungskämpfe gegen die Offensive der Boden- und Liegenschaftsspekulanten. Würden die Mietzinse im Laufe des Jahres 1954 um 5 oder 10 Prozent erhöht, so hätte das eine unerträgliche Wirkung auf die Lebenshaltung unseres Volkes und würde zu großen Lohnbewegungen führen. Gestützt auf die eindrucksvolle Volksmehrheit bei der eidgenössischen Abstimmung vom 23. November 1952, versucht der Gewerkschaftsbund durch seine Initiative, die Lockerung der Mietzinskontrolle und die allgemeine Erhöhung der Mietzinse, wie sie von der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments beschlossen wurden, zu verhindern. Der Parteitag wird vom Bundesrat verlangen, daß keine allgemeine Mietzinserhöhung beschlossen und durchgeführt werde, ehe die Initiative des Gewerkschaftsbundes dem Volke vorgelegt wird.

Aber im Grunde genommen ist die Mietzinskontrolle eine negative, defensive Maßnahme, die sich allerdings als notwendig herausgestellt hat.

Solange in den großen Industriezentren unseres Landes akute Wohnungsnot herrscht, droht die Gefahr, daß die Hauseigentümer und die Spekulanten ihre Monopolstellung ausnutzen und Monopolprofite einzusacken versuchen. Die SPS betrachtet die Schaffung eines genügenden Vorrates an guten, billigen Wohnungen als die unumgängliche Vorbedingung einer späteren Lockerung der Mietpreiskontrolle und des Mieterschutzes. Die Sektion Moos-Tribtschen geht sogar weiter und schlägt vor, obige Maßnahme als ständige Aufgabe des Bundes in der Verfassung zu verankern. Eine Sonderkonferenz der SPS in Bern hat den Bau von guten, billigen Wohnungen zur dringenden Aufgabe der Partei erklärt, und bereits hat die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung Genossen Steinmann beauftragt, ein Postulat einzureichen, um die Hilfe des Bundes, der Kantone und der Gemeinden zu fordern. Es soll aber nicht nur die Frage der Subventionierung des sozialen Wohnungsbaues als Schutzmaßnahme für die Familie gestellt werden, sondern es sind auch andere Maßnahmen in Aussicht zu nehmen, um die Baukosten zu senken:

1. Bekämpfung und Verhinderung der unerhörten Boden- und Liegenschaftsspekulation durch gesetzliche Maßnahmen des Bundes;
2. Benützung des AHV-Fonds zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus durch Baukredite zu $2\frac{3}{4}$ anstatt $3\frac{1}{2}$ Prozent, unter Garantie des Bundes, der Kantone und der interessierten Gemeinden, die selbst je $\frac{1}{4}$ Prozent der Zinsen übernehmen könnten, um die Baukredite und Hypothekarzinsen auf 2 Prozent zu reduzieren;
3. Abschaffung der WUST auf den Baukosten der sozialen Wohnungen; das billige Wohnen für kinderreiche Familien sollte auf die Freiliste der Umsatzsteuer gesetzt werden;
4. Senkung der Bruttorendite der sozialen Wohnungen von 6 Prozent auf 5 Prozent;
5. Verwendung von neuen, billigeren, aber gleichwertigen Baustoffen.

Der Parteitag wird diese allgemeinen Richtlinien prüfen und gutheißen, in der Meinung, daß die Fachleute der Partei weitere Vorstöße und Fortschritte in dieser Richtung machen. *Die Beseitigung der Wohnungsnot und die Schaffung von guten, billigen Wohnungen für die minderbemittelten Kreise unseres Volkes wird zur wichtigen Daueraufgabe der Partei erklärt.*

*

Die Expertenkommission des Bundes zur *Revision des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes* vom Jahre 1911 hat ihre Vorarbeiten abgeschlossen und einen ausführlichen Bericht zuhanden des Bundesrates ausgearbeitet.

Der Bundesrat wird seinen Entwurf bald veröffentlichen. Es ist Aufgabe des Parteitags, die Forderungen der SPS auf diesem Gebiet im Blick auf die bevorstehende parlamentarische Beratung zu formulieren. Genosse Fr. Schneider hat in der letzten Nummer der «Roten Revue» die Verbesserungen aufgezeigt, die von den eidgenössischen Experten vorgeschlagen werden. Diese Vorschläge haben die Sozialdemokraten schwer enttäuscht. In einer Zeit, da eine Anzahl moderner, aber durch den Krieg verarmter Staaten, wie Großbritannien, das Recht der Bevölkerung auf Gesundheit durch einen unentgeltlichen Gesundheitsdienst verwirklicht haben, ist es beschämend, daß in der reichen Schweiz keine weiteren Schritte gemacht werden sollen als die vorsichtigen und bescheidenen Vorschläge der Expertenkommission.

Der Parteivorstand stellt als erste Forderung die Verwirklichung einer eidgenössischen Pflichtversicherung gegen Krankheit für die minderbemittelten Kreise unseres Volkes, wobei die Beiträge für kinderreiche Familien durch die Hilfe der öffentlichen Hand gewährleistet werden sollen. Die Kassen sollten keine Ausnahmen mehr machen in bezug auf Alter und Gesundheitszustand der zu Versicherten, und ihre Leistungen sollten unbegrenzt gelten, d. h. während der ganzen Dauer der Krankheit und für alle Arzneimittel und Pflege, inbegriffen Operationen und Spitalaufenthalt.

Die Einführung der Mutterschaftsversicherung begrüßen wir. Sie sollte aber eine genügende Lohnausfallentschädigung für die unselbständig erwerbenden Frauen gewährleisten. Die Invalidenversicherung sollte nicht weiter hinausgeschoben werden.

Es ist klar, daß bei Behandlung dieser wesentlichen Verbesserungen an den Anträgen der Experten die Sozialdemokratische Partei auch die Frage der Einführung eines unentgeltlichen Gesundheitsdienstes in der Schweiz und die Frage der finanziellen Belastung der Sozialversicherung durch die vielen vorhandenen Versicherungskassen und -käßchen, mit ihren Direktoren, Verwaltungen und Vertretungen, sehr ernst prüfen müssen. Die Sektion Zürich 3 wünscht, die SPS solle die Vereinheitlichung und Vereinfachung aller Zweige der Sozialversicherung in der Schweiz an die Hand nehmen. Vielleicht ist im Schweizerlande, wo die Versicherung langsam und vorsichtig von unten her aufgebaut wurde, diese Frage heute noch nicht reif. Wir sind eben im Lande des Föderalismus, der sich auch im Aufbau der Sozialversicherung widerspiegelt. Der Schweizer Bürger bezahlt jedoch an verschiedene Versicherungskassen zahlreiche Beiträge, welche pro Monat eine ziemlich große finanzielle Belastung der Familie bedeuten. Wenn er erst einmal entdeckt, daß der Föderalismus auf diesem Gebiet viel kostspieliger ist als eine zentralistische Lösung, dann wird er ohne weiteres, wie auch auf anderen Gebieten des Lebens, diese billigere zentralistische Lösung bevorzugen. Es ist deshalb begrüßenswert, daß das Problem einmal aufgeworfen wird, auch wenn seine Lösung bei der

Behandlung der Revision des KUVG noch nicht in Aussicht gestellt werden kann.

*

Durch die zahlreichen Anträge der Sektionen sind weitere Sozialprobleme aufgeworfen worden.

Eine Anzahl Sektionen erhebt die *Kürzung der Arbeitszeit* zum aktuellen Problem. Die fünftägige und vierzigstündige Arbeitswoche, mit vollem Lohnausgleich, so lautet das gesteckte Ziel, wobei eine erste Etappe die Einführung der vierundvierzigstündigen Woche sein könnte. Zürich 3 wünscht, die SPS möge die Erfahrungen des Auslands auf dem Gebiet des *Mitsprache- und Mitbestimmungsrechtes* gründlich untersuchen und später einen Vorstoß zur Verwirklichung der Betriebsdemokratie unternehmen.

Arbeitszeit und Betriebsdemokratie sind Fragen, die auch die Gewerkschaften beschäftigen. Die SPS ist jedoch gezwungen, diese beiden wesentlichen Probleme der sozialen Gesetzgebung zu diskutieren. Bald wird die parlamentarische Beratung des neuen Arbeitsgesetzes beginnen. Arbeitszeit, Ferien, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betrieb, usw. — das sind die Fragen, die bei dieser Beratung aufgeworfen, diskutiert und geregelt werden müssen. Nachdem die Gewerkschaftsverbände im Laufe der letzten Jahrzehnte durch die Gesamtkollektivverträge eine große Pionierarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik geleistet haben, muß jetzt die soziale Gesetzgebung diese Probleme für alle Arbeitnehmer lösen. Die Schweiz kann auf diesen neuen Gebieten der sozialen Gesetzgebung nicht ewig im Hintertreffen bleiben.

Andere Sektionen verlangen von der SPS eine vermehrte Tätigkeit für *das Frauenstimmrecht*, welches ein altes grundsätzliches Postulat der Arbeiterbewegung darstellt. Der Bundesrat hat einen Bericht und Anträge in Aussicht gestellt. Für den Fall, daß diese Anträge einem neuen Hinausschub der Gleichberechtigung der Frau in unserem Staatsrecht gleichkämen, würde die SPS verpflichtet, gemeinsam mit anderen interessierten Kreisen Mittel und Wege zu prüfen, um die rückständige Isolierung der Schweiz auf diesem Gebiet zu beseitigen.

Zwei Sektionen beantragen eine Aktion der Partei zur *Kürzung des Militärdienstes*. Diese Anträge werden sicher von der großen Mehrheit der Wehrmänner begrüßt. Der Bundesrat hat eine Expertenkommission eingesetzt, um eine Begrenzung der Militärausgaben auf 500 Millionen jährlich zu prüfen. Eine solche Begrenzung entspricht einer finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeit. Sie wird aber nicht erreichbar sein ohne eine entsprechende Begrenzung des Militärdienstes.

Viele Sektionen beantragen eine aktivere *Schulungs- und Propagandatätigkeit* der SPS, wobei eine grundsätzliche politische und sozialistische

Schulung verlangt wird. Diese zahlreichen Anträge beweisen, daß die jetzige Regelung der Schulungsarbeit als ungenügend und unbefriedigend empfunden wird. Durch unsere Zusammenarbeit in der Arbeiterbildungszentrale mit dem parteipolitisch neutralen Gewerkschaftsbund sind unserer politischen und sozialistischen Schulung gewisse Grenzen gesteckt. Die Geschäftsleitung spürt ebenfalls, daß die grundsätzliche sozialistische Schulung unserer Funktionäre und Mitglieder mangelhaft ist, daß sie vermehrt ausgestaltet werden sollte. Das Problem ist jedoch heikel und erfordert mehr Mittel, als manche Sektionen sich das vorstellen.

Von der Sektion Bern-Romand kommt ein Antrag auf Schaffung einer Kommission zur Prüfung der Frage der *Programmrevision*. Dieser Antrag ist das einzige Echo auf die in der «Roten Revue» auf Anregung des Genossen Dr. Emil Walter geführte Diskussion. Zunächst muß festgestellt werden, daß seine Anregung im Laufe eines Jahres — der Artikel des Genossen Walter ist im Oktoberheft der «Roten Revue» 1952 erschienen — innerhalb der Partei wenig Echo gefunden hat und daß die «theoretische» Diskussion zur Programmrevision sehr begrenzt blieb.

Das bedeutet sicher nicht, daß unsere Mitglieder und Funktionäre das alte Programm von 1935 als heute noch brauchbar und aktuell betrachten; ist es doch aus einer ganz anderen historischen Lage heraus entstanden als der heutigen. Seither hat die SPS die «Neue Schweiz» angenommen, als Übergangsprogramm für ihre Nachkriegspolitik. Die «Neue Schweiz» ist aber ein Aktionsprogramm und nicht ein grundsätzliches Fundament unserer Tätigkeit, nicht eine sozialistische Weltanschauung, die den neuen Entwicklungen innerhalb des Kapitalismus, den Erfahrungen der internationalen sozialistischen Bewegung, den Ereignissen in Rußland usw. Rechnung trägt. Eine Revision des Programmes von 1935 ist sicher notwendig, niemand wird das bestreiten. Genosse Emil Walter greift besonders den Marxismus an. Das hat bewirkt, daß die Propagandadiskussion der SPS lebhafter in der bürgerlichen Presse als innerhalb der Partei geführt wurde. Ist der Marxismus veraltet? Natürlich — wenn man ihn als eine Sammlung von Anschauungen, Dogmen und Rezepten betrachtet. Als Marx und Engels im Jahre 1872 die Vorrede zur Neuauflage des Kommunistischen Manifestes schrieben, stellten sie bereits ausdrücklich fest, daß 25 Jahre nach seiner Veröffentlichung das Manifest schon veraltet war. Sie schrieben: *«Wie sehr sich auch die Verhältnisse in den letzten fünfundzwanzig Jahren geändert haben, die in diesem Manifest entwickelten allgemeinen Grundsätze behalten im großen und ganzen auch heute noch ihre volle Gültigkeit. Einzelnes wäre hier und da zu bessern. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze, erklärt das Manifest selbst, wird überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängen, und es wird deshalb durchaus kein besonderes Gewicht auf die am Ende*

von Abschnitt II vorgeschlagenen revolutionären Maßregeln gelegt. Dieser Passus würde heute in vieler Beziehung anders lauten. Gegenüber der immensen Fortentwicklung der großen Industrie in den letzten fünfundzwanzig Jahren und der mit ihr fortschreitenden Parteiorganisation der Arbeiterklasse, gegenüber den praktischen Erfahrungen, zuerst der Februarrevolution (1848. Red.) und noch weit mehr der Pariser Kommune, wo das Proletariat zum erstenmal zwei Monate lang die politische Gewalt innehatte, ist heute dies Programm stellenweise veraltet.»

Marx und Engels betrachteten das Manifest bereits als «*geschichtliches Dokument*». Das war 1872, nach 25 Jahren. Und heute schreiben wir 1953!

Es wäre lächerlich, zu behaupten, die Schriften von Marx und Engels seien nicht veraltet. Übrigens hatten Marx und Engels selbst viele Anschauungen und Grundsätze ihrer Frühschriften auf Grund ihrer späteren Erfahrungen revidiert. Vor allem die Möglichkeit der Ausnützung der demokratischen Rechte und des Stimmzettels zur Befreiung der Arbeiterklasse wurde von Marx und Engels mehrfach betont, und frühere Anschauungen betreffend der Anwendung von Gewalt, besonders in der im Jahre 1895 geschriebenen Einleitung von Engels zur Schrift Karl Marx' «Die Klassenkämpfe in Frankreich», wurden ausdrücklich revidiert. Selbst die grundlegende Theorie des historischen Materialismus, «Das Sein bestimmt das Bewußtsein», wurde später von Engels in seinen Briefen an Conrad Schmid, J. Bloch und Hans Starkenburg aus den Jahren 1890 und 1894 viel differenzierter ausgelegt.

Wer wird behaupten wollen, die Grundsätze und Anschauungen von Marx und Engels bildeten heute noch für uns die Grundlage des Programmes? Die Entwicklung der letzten hundert und vor allem diejenige der letzten dreißig Jahre muß gründlich studiert und im Programm berücksichtigt werden, wobei die marxistische dialektische Analyse und Denkmethode noch immer von großem Wert sein kann. Sie wird übrigens nicht nur von der Arbeiterbewegung angewendet, sondern auch von kapitalistischen Kreisen, die aus ihrer eigenen Erfahrung und aus ihren Klassenbedürfnissen heraus vom historischen Materialismus, vielleicht unbewußt, Gebrauch machen.

Also das Programm von 1935 muß revidiert werden, und viele Anschauungen von Marx und Engels, die eine entscheidende Rolle in der Entwicklung der Arbeiterbewegung gespielt haben, sind heute noch viel mehr veraltet als im Jahre 1872. Die Anwendung der sozialistischen Grundsätze und Denkmethode ist von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängig. Das alles aber gibt uns noch nicht den theoretischen Inhalt des neuen Programms der SPS.

Man kann natürlich die Schwierigkeit umgehen, indem man ein einfaches Aktions- und Wahlprogramm für die kommende Tätigkeit der Partei aufstellt. Aber das ist nicht das, was unsere Mitglieder und Funktionäre unter

einer Revision des Programms verstehen. Sie wollen das Programm eben nicht auf das in der kapitalistischen Gesellschaft Erreichbare begrenzen, sie wollen eine neue weltanschauliche Grundlage für ihre tagtägliche Arbeit legen.

Die Internationale hat in ihrer Prinzipienklärung von Frankfurt den Versuch unternommen, ein neues Programm zu schaffen. Diese Prinzipienklärung ist glücklich formuliert, und sie ist das Beste, was man heute programmatisch sagen soll und kann. Sie befriedigt aber nicht ganz und nicht alle. Besonders die Sozialisten der unfreien Welt, der Kolonialländer, Spaniens, der Satellitenstaaten, der südamerikanischen Diktaturen und Regime finden diese Prinzipienklärung zu «europäisch», zu sehr auf die demokratischen Verhältnisse Westeuropas bezogen. Und sie haben recht.

Können wir heute in der Schweiz eine grundlegende und grundsätzliche Revision des Programms der SPS durchführen? Ich möchte diese Frage verneinen. Wir stehen mitten in einer gewaltigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung, mit den internationalen Spannungen, mit der Korea-Kriegskonjunktur in der Wirtschaft. Haben wir den genügenden Rückblick? Sind die Erfahrungen, die auf den Gebieten der Nationalisierungen, des Mitsprache- und Mitbestimmungsrechts der Arbeiter in der Produktion, der Lenkung der Wirtschaft durch den Staat oder durch die Trusts und Kartelle gesammelt wurden, genügend, um schon programmatische Schlußfolgerungen zu ziehen? Sind die Integrationsbestrebungen Westeuropas so weit gediehen, ist die Entwicklung Rußlands und seiner Beziehungen zu seinen Satelliten so übersichtlich, daß wir das alles schon in einem Parteiprogramm verwerten können?

Die Tatsache, daß die Programmdiskussion innerhalb der Partei nicht lebhafter und tiefer wurde, ist nicht ein Beweis dafür, daß die Notwendigkeit der Revision von der Partei verneint würde, sie ist vielmehr der Ausdruck eben des Zweifels, den ich hier ausspreche, ob wir heute schon imstande sind, ein neues Programm zu schaffen, und ob das Programm, das wir heute schaffen würden, nicht zu stark das Gepräge der jetzigen Hochkonjunktur und der momentanen labilen Weltlage tragen würde. Bei einer Änderung der Konjunktur und der Weltlage wäre unser Programm vielleicht nach ein paar Jahren oder vor seiner definitiven Annahme durch einen Parteitag schon veraltet und revisionsbedürftig.

Die Sektion Bern-Romand schlägt die Einsetzung einer Kommission vor, die das Problem der Programmrevision zu prüfen hätte. Das ist durchaus annehmbar, es bedeutet aber nicht, daß der Entwurf des neuen Programms schon auf dem nächsten Parteitag vorgelegt werden wird.

Ich glaube nicht, daß das Malaise in der Partei aus dem Mangel an einem zeitgemäßen Programm entstanden ist. Das Malaise entstand vielmehr aus der Alltagsarbeit der Partei, aus der Defensivstellung der letzten Jahre, aus

den ewigen Finanz- und Steuerproblemen. Der Parteitag von Winterthur kann hier eine Wendung bedeuten, denn er stellt die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft und des ganzen Volkes in den Vordergrund der Parteitätigkeit. Von der Defensive der letzten Jahre geht er zur Offensive über, zur Offensive gegen die soziale Rückständigkeit und die Reaktion. Das so geschaffene Klima wird ein günstigeres sein. Es hängt aber von der Tätigkeit aller Parteinstanzen und aller Mitglieder ab, ob der Parteitag wirklich solche Resultate zeitigt. Nicht nur die Politik der Gesamtpartei, sondern auch die Arbeit eines jeden Genossen muß vom Offensivgeist für die Verwirklichung einer fortschrittlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik im Sinn der «Neuen Schweiz» erfüllt werden.

PAUL SCHMID-AMMANN

Die Jesuiten-Debatte im Zürcher Kantonsrat

Als vor hundert Jahren die konservative Regierung des eidgenössischen Vorortes *Luzern* die Jesuiten in ihre Stadt berief, um sie als aktives Element im Kampf gegen den Liberalismus und den werdenden Bundesstaat einzusetzen, da ging eine gewaltige Welle der Empörung durch die liberalen Kantone und die protestantische Mehrheit des Schweizervolkes. Diese Erregung spiegelt sich wider in einem Gedicht des jungen *Gottfried Kellers*, der sich seinen Zorn über die Berufung der Jesuiten nach Luzern mit den Worten vom Herzen schrieb:

*Hussah! Hussah! Die Hatz geht los!
Es kommt geritten klein und groß,
Das springt und purzelt gar behend,
Das kreischt und zetert ohne End':
Sie kommen, die Jesuiten!*

*Von Kreuz und Fahne angeführt,
Den Giftsack hinten aufgeschnürt,
Der Fanatismus ist Profoß,
Die Dummheit folgt als Betteltroß:
Sie kommen, die Jesuiten!*

*Oh gutes Land, du schöne Braut,
Du wirst dem Teufel angetraut!
Ja, weine nur, du armes Kind!
Vom Gotthard weht ein schlimmer Wind:
Sie kommen, die Jesuiten!*